

Imal wöch. Bezugspreis für März 3,00 Mth. einschl. Postgebühren. Anzeigenpreise: Die Gesp. Zeitschrift 20 3. Stellungsliste 20 3. Die Zeitungsbeilage, 60 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 3. bei Ueberlieferung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 3. Sonntags-Nr. 15 3. Besondere Teil: Natur Lenz in Dresden.

Verlagsstelle, Druck und Verlag: Germania-Verlagsanstalt, Dresden N. 1, Vollerstraße 17. Fernruf 2102. Verlagsstellen Dresden 14791. Hauptvertrieb: Treubner Verlag, Dresden.

# Sächsisch-Volkszeitung

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unentf. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingelangte u. m. Rückporto nicht verlebene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptvertrieb: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Küllab 1, Vollerstraße 17, Fernruf 20711 und 21022.

## Der deutsche Liberalismus

Von parlamentarischer Seite schreibt man uns.

In den „Deutschen Stimmen“, die Stresemann nahe stehen, findet sich ein Aufsatz, der die Stellung der Volkspartei innerhalb der heutigen Koalition im Reiche auf das Tiefste beklagt und der, um es kurz zu sagen, wieder eine selbständigere Politik der Partei verlangt und ihre Loslösung von den Deutschnationalen. Am Schlusse findet sich das Bekenntnis, die Partei müsse sich wieder mehr auf ihren „liberalen“ Gedanken besinnen und es werden kulturpolitische Bestrebungen, wie sie Martin Spahn vertritt, ausdrücklich abgelehnt. Sollte ihnen, so heißt es fast drohend weiter, das Kabinett die Zustimmung geben, so bliebe nichts anderes übrig als Austritt aus der Koalition.

Diese Auslassung ist aus vielen Gründen interessant. Sie zeigt einerseits die Unzufriedenheit, mit der anscheinend als Nebenbrüder aufgefaßten Stellung im Reichskabinett, von der man aber gerechterweise doch nur sagen kann, daß die Volkspartei sie mit allen Mitteln gesucht habe, andererseits die betonte kulturpolitische Unterscheidung von den Deutschnationalen. Das Zentrum wird nicht genannt, aber die Ablehnung von Herrn Spahn — ob mit Absicht gerade ein katholisches Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion genannt wird, lassen wir dahingestellt — bedingt implizite natürlich eine noch stärkere Ablehnung des Zentrums!

Weiter erfährt man, daß die Volkspartei auch beziehungsweise mit ihrem Namen nicht mehr zufrieden sei. Sie begehrt demnach in Hannover das Recht ihres Wählerkreises, und bei dieser Gelegenheit beabsichtigt sie auch, ihren alten „nationalen“ Titel wieder aufzunehmen, den sie zu ihrem Schaden allzu sehr habe in den Hintergrund treten lassen. Bedenkt man, daß schon auf dem Parteitage der Volkspartei in Dortmund Stresemann unter dem besonders lebhaften Beifall der Versammlung damals einen ähnlichen Gedanken ausgesprochen hat, so wird man die neuerliche Wendung nicht weiter verwunderlich finden!

Unseres Erachtens bedeutet das eine entschiedene Klärung. Das deutsche Parteiwesen hat nach der Revolution ein Gesicht angenommen, das nur verständlich wurde unter der allgemeinen Katastrophenstimmung, die damals herrschte. Schon die übermäßige Betonung des Wortes „Volk“ in allen Parteien machte auffällig sein. Alle bürgerlichen Parteien machten es — freilich mit Ausnahme des Zentrums. Aber es waren eben Revolutionsercheinungen, die offenbar heute von denselben Parteien nicht mehr so wichtig genommen werden.

Auf jeden Fall haben viele Volkshreife sich in den letzten Jahren gewöhnt, in der Volkspartei eine „Rechtspartei“ zu sehen. Und wie man in den positiv christlich eingestellten Kreisen diese auch immer kulturell im christlichen Sinne als zuverlässig zu betrachten meinte, so ging auch die Volkspartei im großen Rahmen mit durch als Partei einer positiven christlichen Einstellung. Das ist sie gar nicht! Und es ist gut, daß sie wieder den liberalen Gedanken öffentlich betont und dadurch ihre Sonderstellung; denn Liberalismus und Christentum in dem Sinne, wie es die gläubigen Kreise in Deutschland vertreten, sind keineswegs Freunde.

Aber die Einstellung der Volkspartei ist ganz klar. Sie will mit der Betonung des liberalen Gedankens Eroberungen nach rechts und nach links machen. Einmal bei den Deutschnationalen. Es ist bekannt, daß diese kulturpolitisch nichts weniger als einheitlich sind, und nur die Besonderheiten der Lage Deutschlands brachten es mit sich, daß die heterogensten Elemente sich an die deutschnationale Seite schlugen. Warum sollten, so rechnet man in der liberalen Partei, dort nicht wieder freikonservative Ideen aufkommen? Sicherlich ist diese Spekulation nicht schlecht; denn mit dem Schwinden des außenpolitischen Drucks und der allgemeinen Angleichung an die gegenwärtigen politischen Verhältnisse sind die Aussichten nach rechts nicht übel und die Notwendigkeit der Unterscheidung wird je länger desto wichtiger, wenn die Volkspartei sich überhaupt auf die Dauer halten will. Hier soll eben das „Liberal“ im Gegensatz zu der deutschnationalen Orthodoxie entscheidend sein. Nach links hofft man ebenfalls aus den Reihen der zerfallenen Demokraten auf Zuzug. Die Liberalen sind immer Optimisten gewesen, und so hoffen sie gerade für die Zukunft auf einen neuen Aufschwung.

Für die christlichen Kreise ergibt sich erneut, wie schonmal die parlamentarische Basis in Wahrheit ist, auf der wir kämpfen müssen. Aber je besser man die wahren Freunde und Gegner erkennt, desto geringer die Illusionen. Unsere kulturpolitischen Ziele können nur durch kluge und gewandte Taktik zum Siege geführt werden, und wir müssen die Mehr-

## Die Hauptfragen in Genf

Die deutsch-polnischen Streitpunkte — Die Saarfrage — Italien und Rumänien

Genf, 9. März.

Im Programm der Ratstagung wie in den politischen Vorgesprächen der führenden Staatsmänner nehmen

die deutsch-polnischen Fragen

den ersten Platz ein. Diese Tatsache wird auch nicht verwischt dadurch, daß Chamberlain in einer Vorgesprächung mit Pressevertretern den rumänisch-ungarischen Konflikt als den einzigsten Punkt der Tagesordnung bezeichnet hat. Mit der Ankunft des deutschen Gesandten in Warschau Kaufsch und des Leiters der Abteilung für die Fragen der Wanderarbeiter im preussischen Ministerium des Innern, Ministerialrats Mathenas, vorangegangen war, sowie mit der ersten Verhandlung der oberösterreichischen Schulfragen in der heutigen Ratstagung ist der Auftakt für die Erörterung dieser Angelegenheiten gegeben. Seit gestern weiß man von Bemühungen, die deutschen und die polnischen Vertreter an einen separaten Verhandlungstisch zu bringen. Man darf vielleicht prophezeien, daß diese Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden. Ob es freilich zu einem sachlichen Ergebnis kommt, steht noch keineswegs fest.

Abschließendes darf mit Rücksicht auf die Kompliziertheit der Probleme für Genf nicht erwartet werden, wo höchstens die Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen vereinbart und vielleicht gewisse Richtlinien besprochen werden könnten. In der Angelegenheit des Handelsvertrages und des Niederlassungsrechtes, die beide nicht als politisch angesehen werden dürfen, würde eine etwaige Verständigung bei einseitigem Verhalten Polens allenfalls denkbar sein. Dagegen ist in der

oberösterreichischen Schulfrage

ein reiner Rechtsfall zu entscheiden, dessen Regelung dem Rate auch dann obliegt, wenn die übrigen deutsch-polnischen Angelegenheiten aus dem Genfer Interessenskreise, dem sie offiziell nicht angehören, wieder auf das Gebiet direkter Verhandlungen übertragen werden sollten.

Diese Schulfrage hat den Hauptgegenstand der gestrigen sehr kurzen Sitzung des Völkerbundesrates gebildet. Der Rat hat nach kurzer Beratung eine Unterkommission zur Prüfung dieser Angelegenheit eingesetzt. Die Unterkommission ist vom Völkerbundrat beauftragt, das gesamte vorliegende Material eingehend zu prüfen und noch in dieser Tagung dem Rat zu einer endgültigen Stellungnahme vorzulegen. Die Unterkommission beginnt bereits heute zu arbeiten. Man erwartet, daß der Völkerbundrat Ende der Woche und zwar Donnerstag oder Freitag, die endgültige Entscheidung in der oberösterreichischen Schulfrage treffen wird.

Danziger Angelegenheiten

beschäftigen gegenwärtig das Finanzkomitee des Völkerbundes. Es handelt sich vor allem um die Regelung von Zollfragen und die Ausgestaltung des zur Fundierung einer Anleihe geplanten Tabakmonopols. Zwischen Polen und Danzig bestehen in diesen Punkten Meinungsverschiedenheiten. Diese Angelegenheiten dürften dem Rat am Donnerstag vorgelegt werden.

Die deutsche Delegation steht auf dem Standpunkt, daß eine Verhandlung dieser Ostfrage mit den Problemen der Westgrenze nicht möglich ist.

Das Saargebiet

steht hier im Mittelpunkt der Erörterungen. Die deutsche Delegation hat in einem Memorandum ihren Standpunkt dargelegt. Einmal wünscht Deutschland, daß das internationale Bahnschulchorps auf 200 Mann herabgesetzt wird. Daneben ist eine Umbildung der Saar-Regierung, die durch den Rücktritt des bisherigen Präsidenten Stephens

heit nehmen, wo wir sie bekommen; von einer „christlichen“ Rechte kann in Deutschland jedenfalls keine Rede mehr sein!

Die letzte Kundgebung der Deutschkonservativen ist vielfach als der Beginn einer Trennung der Konservativen von den Deutschnationalen angesehen worden. Dieser Auffassung tritt erneut der deutschnationale Abgeordnete Everling in der „Kreuzzeitung“ (Nr. 110) entgegen. Everling macht dabei in Wiederholung früher gemachter Äußerungen Bemerkungen, die mit dem, was sich bei der Regierungsbildung abgepielt hat und was die Deutschnationalen beim Regierungseintritt an Verpflichtungen übernommen haben, keineswegs übereinstimmen. Er verweist ausdrücklich

(Kanada) aktuell gemorden ist, in dem Sinne erwünscht, daß auch das belgische Mitglied der Saar-Regierung, Lambert, ausscheidet und an seine Stelle ein Vertreter des Saargebietes selbst tritt. Diese Wünsche stützen auf den geschlossenen Widerstand Frankreichs und Belgiens. Eine Entscheidung über diese Probleme des Saargebietes ist wohl erst am Sonnabend zu erwarten.

Die große Genf-Sensation des Tages bildete gestern eine Erklärung der italienischen Delegation über das italienisch-rumänische

Abkommen über Vessrablen.

Dieses Abkommen war bereits 1920 zwischen Rumänien einerseits, England, Frankreich, Japan und Italien andererseits geschlossen worden. Italien hatte aber die Ratifikation hinausgeschoben, um den interessierten Mächten, Rumänien und Rußland, Gelegenheit zu einem gütlichen Ausgleich zu geben. Die Erklärung betont, daß mit der jetzt erfolgten Ratifikation von Italien in keiner Weise eine Unfreundlichkeit gegen das befreundete Rußland bezweckt werde. Der Ratifizierung sei keine über die Bedeutung des Vertrages hinaus gehende Tragweite beizumessen. In Genfer Kreisen wird diesem Schritte Italiens trotzdem eine gewisse Bedeutung in dem Sinne beigemessen, als er nicht nur die italienisch-rumänischen Beziehungen betont, sondern auch auf der Linie der jüngsten englischen Politik liegt.

## Stresemann empfängt

Genf, 9. März.

Reichsminister Dr. Stresemann empfing gestern nachmittag nachmittags den Besuch Vanderseldes und Chamberlains. Beide verweilten über 1 1/2 Stunden bei Dr. Stresemann. Die für gestern nachmittag geplante Vorgesprächung mit Briand wurde auf heute verschoben. Außerdem wird Reichsminister Dr. Stresemann heute eine Vorgesprächung mit dem polnischen Minister des Inneren 31-11 haben.

Reichsminister Dr. Stresemann gibt in seiner Eigenhaft als Präsident des Völkerbundes heute abend den übrigen Mitgliedern des Rates ein Dinner.

## Der britische Standpunkt

Genf, 9. März

Der britische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Sir Austen Chamberlain, hat gestern nachmittag vor Pressevertretern die Stellung Großbritanniens zu der gegenwärtigen Ratstagung dargelegt.

Chamberlain bezeichnete die Ratstagung als „nicht erregend“ und meinte, es bestehe die Meinung, bei jedem Zusammentreffen von Außenministern der Großmächte und anderen Politikern, die Herbeiführung einer neuen oder einer einschneidenden Wendung der bestehenden Politik zu erwarten. Soweit die britische Regierung in Betracht komme, sei eine solche Absicht keinesfalls gegeben.

Wir haben seit mehr als zwei Jahren, sagte Chamberlain, die gleiche Politik mit Steilheit verfolgt. Unser Ziel ist die Herbeiführung eines wütlichen Friedens; der erste große Schritt in dieser Richtung ist in Locarno gemacht worden. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und sein warmherziger und freimütiger Empfang war der zweite. Jedemfalls hat England niemals versucht, seine Interessen durch die Abwehr oder

auf den Gefinnungsvorbehalt, den Graf Welsharp für seine Fraktion vor Billigung der Währungsfrage gegeben habe. Everling bezieht hier wieder eine Parallele, die im hohen Grade peinlich empfunden werden muß. Es reimt sich auch schlecht zusammen, daß er die Parole der Konservativen: „Mit Gott für König und Vaterland, mit Gott für Kaiser und Reich!“ als die Grundlage auch der Arbeit der Deutschnationalen in demselben Augenblick proklamiert, in welchem die deutschnationalen Minister mit Billigung der gesamten deutschnationalen Fraktion, also auch des Herrn Everling, den Eid auf die republikanische Verfassung und auf die Republik geleistet haben. Man sollte doch endlich einmal aufhören, durch solche Zweideutigkeiten die sachliche Arbeit immer wieder zu führen und zu gefährden.